

Vorlage Nr. 101.20.237

21. Oktober 2026
1 von 2

Einführung eines Gewerbeparkausweises im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. ein Konzept zur Einführung eines Gewerbeparkausweises für Gewerbetreibende mit Betriebssitz innerhalb der Parkraumbewirtschaftungszonen der Stadt Kassel vorzulegen. Dabei ist insbesondere ein nach der Anzahl der Beschäftigten gestaffeltes Vergabemodell zu entwickeln.
2. zu prüfen, wie durch die Einführung eines Gewerbeparkausweises eine bedarfsgerechte und wirtschaftlich angemessene Nutzung des öffentlichen Parkraums durch ortsansässige Betriebe und deren Beschäftigte ermöglicht werden kann.
3. die hierfür erforderlichen Änderungen der Parkgebührenordnung sowie der Verwaltungspraxis vorzubereiten.

Begründung:

Mit der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung verfolgt die Stadt Kassel das Ziel, den Parksuchverkehr zu reduzieren und den öffentlichen Raum effizienter zu nutzen. Gleichzeitig entstehen jedoch für Gewerbetreibende erhebliche finanzielle und organisatorische Mehrbelastungen, die bei der Ausgestaltung der Parkraumbewirtschaftung berücksichtigt werden sollten.

Viele Betriebe innerhalb der bewirtschafteten Parkzonen verfügen über keine eigenen Stellplätze. Beschäftigte und Betriebsfahrzeuge sind daher auf öffentliche Parkmöglichkeiten angewiesen. Die tägliche Entrichtung von Parkgebühren führt zu zusätzlichen Betriebskosten und stellt insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen.

Gerade für Handwerksbetriebe, Dienstleistungsunternehmen und den örtlichen Einzelhandel ist eine verlässliche und wirtschaftlich tragbare Parkmöglichkeit von großer Bedeutung. Zusätzliche finanzielle Belastungen können die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Betriebe beeinträchtigen und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Kassel schwächen.



Zahlreiche deutsche Städte haben deshalb Gewerbeparkausweise eingeführt, um ortsansässigen Unternehmen eine angemessene Nutzung des öffentlichen Parkraums zu ermöglichen. Ein vergleichbares Modell sollte auch in Kassel geschaffen werden. Eine Staffelung der Anzahl der Parkausweise nach der Betriebsgröße gewährleistet dabei eine ausgewogene und bedarfsgerechte Lösung.

Eine leistungsfähige lokale Wirtschaft ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Stadt Kassel. Die Gewerbetreibenden sichern Arbeitsplätze, stärken die wirtschaftliche Vielfalt und tragen wesentlich zur Attraktivität der Stadtteile bei. Sie sollten daher durch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung nicht unverhältnismäßig belastet werden.

Der Antrag verfolgt das Ziel, durch die Einführung eines Gewerbeparkausweises einen angemessenen Ausgleich zwischen den Zielen der Parkraumbewirtschaftung und den berechtigten Interessen der örtlichen Wirtschaft zu schaffen. Dabei soll der Magistrat ein praktikables Modell erarbeiten, das sich an bewährten Regelungen anderer deutscher Städte orientiert und gleichzeitig den örtlichen Gegebenheiten in Kassel Rechnung trägt.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Alexander Grotov

Holger Augustin
Fraktionsvorsitzender CDU

Esther Kalveram
Fraktionsvorsitzende SPD

Ramona Kopec
Fraktionsvorsitzende SPD